

Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25. März 2010

Haushaltssatzung 2010 der Stadt Korntal-Münchingen

Mittelfristige Finanzplanung 2009-2013 der Stadt Korntal-Münchingen

Wirtschaftsplan 2010 der Stadtwerke Korntal-Münchingen

Mittelfristige Finanzplanung 2009-2013 der Stadtwerke Korntal-Münchingen

Verabschiedung und Stellungnahmen der Fraktionen

In der vergangen Sitzung haben die Fraktionen den städtischen Haushalt für das Jahr 2010 mehrheitlich beschlossen und verabschiedet.

Der schwierigen Haushaltssituation hat der Gemeinderat Rechnung getragen, indem Bürgermeister Dr. Joachim Wolf bevollmächtigt wurde, bei Bedarf im Rahmen seiner Bewirtschaftungsbefugnis eine haushaltsrechtliche Sperre bis zu einem Höchstbetrag von 50.000 Euro je Haushaltsstelle zu erlassen.

Vor der einmütigen Beschlussfassung nutzten die Fraktionen die Gelegenheit, in ihren Stellungnahmen zum Haushalt 2010 diesen politisch zu bewerten.

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2010

(FOTO)

Landauf, landab werden derzeit Etatberatungen durchgeführt. Vom Bund über die Länder bis hinunter zu den Städten und Gemeinden werden derzeit rekordverdächtige Haushalte aufgestellt. Rekordverdächtig in Bezug auf die Höhe der Neuverschuldung. Rekordverdächtig in Bezug auf stark zurückgegangene Steuereinnahmen in seither nicht gekanntem Umfang. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentlichen Haushalte nun endgültig erreicht. Die große Frage ist, wie reagiert die Politik auf diese Krise? Was muss, was kann getan werden, um diese Krise zu bewältigen, auch, oder vor allem in Hinblick auf zukünftige Generationen? Bund und Länder haben den Weg der Neuverschuldung gewählt mit dem Ziel die Wirtschaft anzukurbeln und nicht nachhaltig zu schädigen. Dieses Ziel scheint erreichbar zu sein, da führende Wirtschaftsunternehmen in ihren Halbjahresbilanzen wieder schwarze Zahlen schreiben. Die Krise ist dadurch natürlich noch nicht überstanden, aber die Hoffnung, dass wir die Talsohle in absehbarer Zeit durchschreiten können, ist berechtigt.

Bei Städten und Gemeinden sind die Rahmenbedingungen bei der Aufstellung der kommunalen Haushalte recht unterschiedlich. Je nach Finanzausstattung müssen die Kommunen Schulden machen oder sie können Rücklagen entnehmen, wenn sie den Weg der Steuererhöhung nicht gehen wollen. Selbstverständlich sind Ausgabenkürzungen ein weiterer, wenn auch ein oft unpopulärer Weg, einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen. Mit dieser Thematik hat sich der Gemeinderat in den letzten Wochen intensiv befasst, als es um die Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplanes unserer Stadt ging. Gleichwohl ist das Ergebnis recht unterschiedlich ausgefallen und spiegelt sich in den 50 Anträgen der Fraktionen wider. Schon bei der Einbringung wie auch in den Vorberatungen wurde deutlich, dass die Verwaltung und die Mehrheit des Gemeinderates den Weg der Rücklagenentnahme gehen wollen. Was freilich nicht ohne Folgen für die mittelfristige Finanzplanung bleiben wird. Der vom Gemeinderat 2007 festgelegte Investitionsplan

wurde deshalb neu beraten und die Terminplanung für die Ausführung der einzelnen Projekte neu aufgestellt. Leider wurden nur wenige Projekte grundsätzlich in Frage gestellt, was aber zeigt, dass der Gemeinderat 2007 gute Arbeit geleistet hat und damals nur Projekte mit größter Priorität in diesen Katalog aufgenommen hat. Für die Abwasserbeseitigung ist in diesem Jahr eine Schuldenaufnahme von 1,5 Millionen € vorgesehen. Ob diese überhaupt realisiert wird, hängt letztlich von der Stadt Stuttgart ab, die die Abwasserbeseitigung für den Bereich Korntal durchführt. Für eine Steuererhöhung hat sich generell niemand ausgesprochen, da sowohl dem Gewerbe wie auch der Bevölkerung in diesem Jahr eine höhere Steuerbelastung nicht zugemutet werden kann. Nun bleibt also nur noch die Ausgabensenkung. Diesbezüglich gingen einige Anträge von den Fraktionen ein, die aber nicht die großen Summen zur Haushaltskonsolidierung ausmachten. Auch wir, die CDU-Fraktion, haben Anträge gestellt, die nur wenige Tausend Euro ausmachten. Uns ging es dabei aber um die Haushaltsklarheit. Es kann nicht sein, dass Gelder, die niemand braucht, im Haushalt bereit gestellt werden, und bei der Feststellung der Jahresrechnung über die Höhe der Haushaltsreste geklagt wird. Für uns war es auch wichtig, dass nur für wichtige Dinge, die unaufschiebbar sind, Mittel bereit gestellt werden. Deshalb haben wir einen Antrag zur Kürzung der Mittel bei der Bauleitplanung und hier konkret über die Fortschreibung des Flächen-nutzungsplanes gestellt. Selbstverständlich brauchen wir eine Fortschreibung des FNPs, aber da wir noch erhebliche unbebaute Restflächen im alten Plan haben, kommt es unserer Meinung nach nicht auf ein Jahr früher oder später an. Alles in allem sind bei der zweiten Lesung 183 000 € eingespart worden einschließlich der 100 000 € weniger Gewerbesteuerumlage, die sich aufgrund des geringeren prognostizierten Gewerbesteueraufkommens ergaben. An größere Einsparungen haben sich sowohl Verwaltung als auch Gemeinderat nicht getraut. Bei größeren Einsparungen bedarf es Konzepte, die zuerst ausgearbeitet werden müssen, um überhaupt das Sparpotenzial zu ermitteln, das erreicht werden kann. Z.B. kann das Hallenbad nicht verkauft oder einfach geschlossen werden, da die Stadtwerke in diesem Gebäude ein Blockheizkraftwerk betreiben, mit welchem die Sporthalle und ein angrenzendes Wohngebiet beheizt werden. Auch kann die ebenso defizitäre Stadthalle nicht einfach geschlossen werden. Die Frage würde auf uns zukommen, was würde uns das Gebäude kosten auch wenn es leer stehen würde. Hinzu kommt noch, dass unsere Bevölkerung sehr sensibel über Veränderungen in **ihrem** Stadtteil reagiert. Selbstverständlich ist dies kein Grund untätig zu sein. Wir zusammen mit der Verwaltung müssen deshalb die Zeit bis zur nächsten Haushaltsplanaufstellung nützen, um Einsparungen, seien sie auch noch so klein, zu generieren.

In absoluten Zahlen gesehen ist der diesjährige Haushalt im Vergleich zu seinem Vorgänger weiter gewachsen. Das Gesamtvolumen beträgt nun 55 Millionen €, wobei der Verwaltungshaushalt gegenüber dem letzten Jahr leicht gesunken ist. Der Vermögenshaushalt ist dagegen stark angewachsen, um ca. 50%. Dies resultiert aus der diesjährigen starken Rücklagenentnahme. In den letzten Jahren konnten aufgrund von außerordentlich hohen Einnahmen bei der Gewerbe- und der Einkommenssteuer die Rücklagen der Stadt auf ca. 12 Millionen € ansteigen was uns in diesem Jahr zu- gute kommt. Das **Gewerbesteueraufkommen** lag in den letzten beiden Jahren zwischen 11 und 12 Millionen €, das höchste Aufkommen, das in unserer Stadt je erzielt wurde. Unsere Nachbarkommunen mit weit weniger Einwohnern hatten dieses Steueraufkommen schon lange vor uns. Im laufenden Jahr müssen wir bei dieser für uns sehr wichtigen Steuer einen Rückgang von 45% verkraften. Bei unseren Nachbarkommunen fällt dieser Rückgang teilweise erheblich stärker aus, da sind teilweise bis zu 80% Rückgang zu verzeichnen. Ein Grund hierfür ist wohl die einseitige Gewerbeansiedlung in manchen Kommunen, die diese Ausschläge verursacht. Die zweite wichtige Steuerquelle ist die **Einkommenssteuer**, die

sich als stabilste Steuereinnahme in den letzten Jahren ausgezeichnet hat. Bei ihr müssen wir nach heutigem Stand mit einem Minus von 12% rechnen, also rund 1,2 Millionen. Für das Haushaltsjahr 2010 sind die obligatorischen 3,5 Millionen € für **Grundstücksverkäufe** angesetzt, die in den letzten beiden Jahren auch realisiert werden konnten. Beim Verkauf von Gewerbebauland ist nach wie vor darauf zu achten, dass Betriebe mit einer geringen Krisenanfälligkeit und gleichzeitig mit einer hohen Arbeitsplatzdichte pro Flächeneinheit angesiedelt werden.

Die **Personalausgaben** sind der größte Ausgabenblock mit 9,7 Millionen €. Seit 2008 ist dies eine Steigerung von 15%. Ein Teil dieser Steigerung geht auf das Konto der Tarifierhöhungen, die 2008/2009 höher ausfielen als es dieses Jahr der Fall sein wird. Ein anderer Teil der Ausgabensteigerung geht auf das Konto der weiter ausgebauten Kinderbetreuung. Der Anteil in diesem Bereich ist von 25 % auf 28 % bezogen auf den Gesamtpersonalhaushalt gestiegen. Die geringfügige Erhöhung der Personalstellen bei der Verwaltung in diesem Jahr wird von unserer Fraktion mitgetragen. Die Erhöhung wird mit einem teilweise hohen Krankheitsstand und der Einführung neuer Rechenprogramme begründet. Aber auch die Aufstockung der Hauswirtschaftskräfte zur Essensversorgung in den Schulen und bei der Kernzeitbetreuung um ein knappe halbe Stelle, tragen wir mit. Die Wiederbesetzungssperre liegt nach wie vor bei 3 Monaten. Eine Verlängerung über diese Frist hinaus hätte für die Arbeit der Verwaltung nicht absehbare Folgen. Bei der Struktur unserer Verwaltung können Personalengpässe nicht ohne weiteres kompensiert werden.

Für den **Unterhalt von Grundstücken und baulichen Anlagen** werden dieses Jahr wieder 1,5 Millionen weniger ausgegeben als im letzten Jahr. Zugegebenermaßen ist das Jahr 2009 nicht repräsentativ, da wir mit dem Investitionsprogramm vom Land in die Lage versetzt wurden, erhebliche Zuschüsse zu generieren und somit dringende und vielleicht auch weniger dringende Reparaturen an unseren Gebäuden durchführen konnten. Für unsere Fraktion ist die Investition in den Erhalt von städtischen Gebäuden und Straßen eine dringliche Angelegenheit, da sie einen beträchtlichen Anteil am städtischen Vermögen ausmachen.

Das von der **Feuerwehr** 2008 beantragte neue Löschfahrzeug ist im Verschiebebahnhof des Investitionsplanes gelandet und ist in der mittelfristigen Finanzplanung für 2014 vorgesehen. Nach einer größeren Reparatur am zu ersetzenden Fahrzeug nach dem Unwetter im Juli vergangenen Jahres hoffen wir mit der Feuerwehr, dass dieses alte Fahrzeug noch solange durchhält. Trotz dieser Verschiebung der Ersatzbeschaffung ist die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr nicht gefährdet. Nach wie vor kritischer ist der Personalstand bei der Abteilung Korntal anzusehen. Ob die eingestellten 3 000 € für die Werbung von neuen Mitgliedern erfolgversprechend ist, wage ich zu bezweifeln. Angehöriger der Feuerwehr zu sein ist eine Lebenseinstellung, die man hat oder nicht, da hilft kein Konzept oder gar ein Flyer.

Bei den Forderungen zur Verbesserung der persönlichen Ausrüstung, aber auch bei kleineren Wünschen kommt der Gemeinderat den Anliegen der Feuerwehr voll nach.

Der Bereich **Schulen** hat uns in der Vergangenheit, und insbesondere im vergangenen Jahr, sehr stark beschäftigt. Gerade im letzten Jahr war die Verlegung der Hauptschule Korntal nach Münchingen ein großes Thema. Es kommen große Veränderungen auf die Hauptschüler aus Korntal und natürlich auch für die Flattichschule selber zu. Leider ist der Bau der Mensa in Münchingen bei der Flattichschule noch nicht in greifbare Nähe gerückt, so dass die Essensausgabe weiterhin in der Albert-Buddenberg-Halle durchgeführt

werden muss. Bisher war dies für die Flattichschüler kein Problem, da der Andrang sich in Grenzen hielt. Anders ist dies bei den Kernzeitkindern. Aus finanzieller Sicht muss der Neubau der Mensa ebenso verschoben werden wie die Erweiterung der Strohgäuschule, die aber nochmal auf den Prüfstand kommt, da sich die Rahmenbedingungen für die Strohgäuschule seit dem Erweiterungsbeschluss geändert haben. Als großer Brocken bei der Schulsanierung bleibt uns noch das Gymnasium. Die Kosten für eine umfangreiche Sanierung liegen bei über 5 Millionen €. Die derzeitige Zeitplanung für die Durchführung der Maßnahmen geht über das Jahr 2014 hinaus. Wir hoffen, dass mit dieser langen Bauzeit die Beeinträchtigungen auf den Schulbetrieb minimiert werden können. Bei diesem Projekt konkurrieren Wünsche der Schule wie Gestaltung des Schulhofes und Umgestaltung bestimmter Fachklassenräume mit Maßnahmen zum Substanzerhalt wie Erneuerung des Daches und Erneuerung der undichten Fenster gegeneinander. Die CDU-Fraktion spricht sich derzeit vorrangig für den Substanzerhalt aus. Der Mensabau bei der Realschule wird dieses Jahr fertig gestellt. Das Provisorium der Mensa im Feuerwehrhaus hat damit ein Ende. Die **Kinderbetreuung** kann dann im Kindergarten Goerdelerstrasse erweitert werden. Inwieweit sich der Druck auf die Nachfrage reduziert bleibt abzuwarten. Das vergrößerte Angebot der Kinderbetreuung in den letzten Jahren hat zu ständig steigenden Ausgaben geführt. Derzeit subventioniert die Stadt jeden Betreuungsplatz mit ca. 10 000 €. Mit Einführung des gesetzlichen Anspruchs der Betreuung der unter Dreijährigen wird die Kinderbetreuung für die Stadt unbezahlbar, wenn die Bedarfsprognosen zutreffen werden. Eine weitere generelle Gebührenerhöhung zur Senkung des Subventionsbedarfs scheidet aus, da unsere Gebühren für reguläre Kindergartenkinder im Verhältnis zu unseren Nachbarkommunen sowieso schon am höchsten sind.

Bei der in der Vergangenheit geführten Kindergartendiskussion wurden Tagesmütter zur Lösung des Betreuungsproblems angeführt, was unsere volle Zustimmung findet. Möglich wären auch Elterninitiativen wie wir sie mit dem Hand-in-Hand Kindergarten und dem Sonnenwirbel in unserer Stadt schon haben. Weitere Möglichkeiten sind Kooperationen mit Gewerbebetrieben. Bei allen drei Varianten ist unser Handlungsspielraum begrenzt, wir können nur appellieren, dass sich eine Elterninitiative etc. findet, die ein Betreuungsangebot macht. Eine weitere Möglichkeit, unser Betreuungsangebot mit bezahlbaren Plätzen zu verbessern, ist die weitere Flexibilisierung unseres Angebots z.B. „Platzsharing“. Eine weitere Ausgabensteigerung für die Kinderbetreuung bei sinkender Gewerbe- und Einkommenssteuer ist nicht zu vertreten.

Ein wichtiges Thema in unserer Stadt ist seit Jahren die **Einkaufssituation** für unsere Bürger. In Korntal und Münchingen wird weiter um die Ansiedlung je eines Vollsortimenters im Innenstadtbereich gerungen. Bei beiden Standorten ist die Verfügbarkeit von ausreichender Baufläche das größte Hindernis zu einer schnellen Realisierung. Während in Korntal die derzeitige Versorgungssituation als gut empfunden wird, hat sich die Einkaufssituation in Münchingen weiter angespannt. Der Vollsortimenter EDEKA hat letzten Monat sein Ladengeschäft in Münchingen aufgegeben. Mit städtischem Engagement konnte kurzfristig eine Übergangslösung in Form eines CAP-Marktes gefunden werden. Es bleibt nun zu hoffen, dass dieser Markt von der Bevölkerung auch angenommen wird.

Mit zwei **Baugebieten** für Wohnungsbau soll der Nachfrage nach zusätzlichen Wohnmöglichkeiten in unserer Stadt entgegengetreten werden. In Münchingen geht es um ein kleines Gebiet am Spitalplatz, und in Korntal um das Gelände Aichelin und Greutter. Wir hoffen, dass das Gelände in Korntal zur Baureife entwickelt werden kann und nicht schon im Aufstellungsverfahren hängen bleibt wie vor 20 Jahren das Gebiet Hermann-Hesse-Straße. Zwei Projekte in unserer Stadt machen uns wegen der Realisierbarkeit große Sorgen. In Korntal ist dies der **Saalplatz**. Der Neubau des Gemeindehauses der Brüdergemeinde

wird in diesem Jahr fertig gestellt. Nach der Fertigstellung werden Anpassungsarbeiten vom Gebäude zum Saalplatz erforderlich. Da dieser Umstand bekannt war, wurde schon vor drei Jahren ein Wettbewerb zur Platzgestaltung durchgeführt. Die damals ermittelten Kosten sind nach Abschluss der Entwurfsplanung gestiegen, auch aus Gründen des geologischen Untergrundes von Korntal. Da der Saalplatz der Eingang zum Rathaus ist, war sich der Gemeinderat bald einig, dass dieser Platz nicht nur geflickt werden kann, sondern möglichst schnell hergestellt werden soll. Eine Kostendeckelung wurde mehrheitlich abgelehnt. Selbstverständlich müssen bei der Vergabe der Lieferungen und Leistung die Kosten nochmals genau betrachtet werden. Dann wird sich herausstellen, wie groß der Sparwille des Gremiums ist. Über die endgültige Finanzierung muss zum gegebenen Zeitpunkt noch entschieden werden. Das zweite Projekt ist das **Albert-Buddenberg-Areal** in Münchingen. Auch hier wurden die Kosten höher als erwartet. Im Moment ist die Verwaltung dabei, die Kosten zu optimieren. Und dennoch ist es fraglich, in welchem Umfang diese Maßnahme zu realisieren ist. Fest steht heute aber schon, dass es eine Zeitverzögerung von 1-2 Jahren bis zum Baubeginn gibt. Der Gemeinderat ist aber auch hier bemüht, das Projekt in finanziell trockene Tücher zu bekommen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Der Haushalt 2010 der Stadt Korntal-Münchingen ist nicht gesetzeskonform. Die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt müsste bei einem gesetzlichen Haushalt 185 000 € betragen. Dieses Jahr muss in Korntal-Münchingen, wie in vielen anderen Städten, die noch auf eine gute Rücklage blicken können, der umgekehrte Weg gegangen werden. Die Stadt Korntal-Münchingen muss über 6 Millionen € aus der Rücklage entnehmen, davon werden allein ca. 5 Millionen € für die Finanzierung des laufenden Haushaltes benötigt. Dennoch gehen wir davon aus, dass dieser Haushalt von der Kontrollbehörde, dem Landratsamt, genehmigt wird, da wir keinen Kredit zur Deckung des laufenden Betriebes aufnehmen müssen. Dieser Griff ins Tafelsilber wird die bisherige Investitionsplanung empfindlich beeinflussen. Selbst mit einer kräftigen Steuererhöhung, die in der mittelfristigen Finanzplanung schon eingerechnet aber noch nicht beschlossen ist, wird dieser Griff nach den Rücklagen nicht auszugleichen sein. Für das laufende Haushaltsjahr, und natürlich auch für die weitere Zukunft, brauchen wir nicht Rat- und Mutlosigkeit, sondern Ideenreichtum und Mut, diese Ideen umzusetzen. Augenmaß für das wirklich Nützliche für unsere Stadt und Hoffnung, das alles nicht so schlimm kommt wie es die Planzahlen uns aufzeigen. Selbstverständlich ist Hoffnung nicht die Basis für eine solide Haushaltsaufstellung bzw. Haushaltsführung, aber der Blick in die Vergangenheit zeigt uns, dass die Haushaltslage nie ganz so schlecht geworden ist wie es im Plan dargestellt wurde.

Im Namen der CDU-Fraktion darf ich mich bei Ihnen Herr Dr. Wolf und Ihrer Verwaltung, insbesondere bei der Kämmerei unter Leitung von Herrn Gerlach und bei Ihnen sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates für die konstruktive Beratungen des Haushaltsplanes bedanken.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Stellenplan zu. Ebenso der Finanzplanung 2009-2013.

Weiter stimmen wir dem Wirtschaftsplan und der Finanzplanung der Stadtwerke zu.

Ebenso stimmen wir der Haushaltssperre unter 1.6 der Beratungsunterlage zu.

Für die Fraktion der CDU

Martin Hönes

Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2010

(FOTO)

Augenmaß und nachhaltige Lösungen

Friedrich Schiller hat unsere Situation treffend mit den Worten charakterisiert: "Wohl steht das Haus gezimmert und gefügt. Doch ach - es wankt der Grund, auf den wir bauten". Unsere Stadt verfügt sowohl unter sozialen als auch unter wirtschaftlichen Aspekten über eine sehr gut ausgebaute und zukunftsfähige Infrastruktur; die finanzielle Situation ist - jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt - dadurch geprägt, dass trotz beträchtlicher Investitionen eine nicht unerhebliche Rücklage gebildet werden konnte.

Die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg hat jedoch auch in unserer Stadt zu einer dramatischen Finanzsituation geführt, die primär aus immensen Einbrüchen bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer aber auch einem erheblichen Rückgang bei der Einkommensteuer resultiert; die Folgewirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes werden die Problematik überdies massiv verschärfen.

Ich will Ihre und meine Zeit nicht damit vergeuden, berufene und selbst ernannte Experten zu zitieren, die sich mehr oder weniger sachkundig zu der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung geäußert haben.

Max Weber hat die Formulierung geprägt: „Politik wird mit dem Kopfe gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele“, das heißt, wir haben uns an Tatsachen zu orientieren und nicht an Mutmaßungen und Spekulationen, die sich in unserer Situation als wenig hilfreich erweisen. Gemessen an diesen Maßstäben müssen wir zunächst konstatieren, dass wir im Jahr 2010 einen Haushalt verabschieden werden, der den gesetzlichen Anforderungen formal nicht zu entsprechen vermag. Fakt ist überdies, dass auf Grund der außerordentlich schwer zu prognostizierenden konjunkturellen Entwicklung zumindest mittelfristig eine hinreichend verlässliche Finanzierungsbasis zur Erfüllung unserer Aufgaben fehlt. **Das Finanzproblem liegt nicht darin, dass unser Haushalt gegenwärtig eine Deckungslücke aufweist; es gibt vielmehr Anlass zu tiefgreifender Besorgnis, dass immer höheren laufenden Ausgaben Einnahmen gegenüberstehen, die - und dies stellt den Kern der Problematik dar - jedenfalls von uns nicht nachhaltig und dauerhaft beeinflusst werden können und nun weggebrochen sind;** dieses Schicksal teilen wir mit vielen Städten und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet.

Die wirtschaftliche Entwicklung führt dazu, dass nicht entscheidend ist, was wir wollen; wir sind vielmehr gezwungen, uns auf das Wesentliche, auf das heute Mögliche zu konzentrieren - auf das, was wir uns leisten können. Da die Spielräume außerordentlich eng sind, müssen zwingend Schwerpunkte gebildet, Prioritäten gesetzt und klare Konzepte entwickelt werden; ein Flickenteppich kurzatmiger Einzelkorrekturen stellt keinen tauglichen Ansatz dar. Eine zeitliche Staffelung und Streckung der Vorhaben ist unverzichtbar. Eine Konzentration auf das absolut Notwendige wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei realistischer Bewertung nicht zu vermeiden sein. Eine Ausweitung des vielfältigen Leistungsangebots kommt aktuell ersichtlich nicht in Betracht.

Wir müssen aber mit Augenmaß handeln und bedenken, dass eine Kommune keinesfalls mit einem Wirtschaftsunternehmen verglichen werden kann und darf; dieser Ansatz wäre evident falsch. Eine Kommune hat essentielle Aufgaben der Daseinsvorsorge - von der Kinderkrippe bis zu Angeboten für unsere Senioren - wahrzunehmen und zu erfüllen; es

steht bei vernünftiger Betrachtung außer Frage, dass dies nicht kostendeckend geschehen kann. Ein Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten kann Insolvenz anmelden oder gegebenenfalls als juristische Person liquidiert werden und am nächsten Tag wieder am Markt sein. **Wenn wir als Kommune durch massive Kürzungen oder Streichungen Strukturen zerschlagen, kann der Status quo ante auf absehbare Zeit gerade nicht wieder hergestellt werden.** Ein Freizeitbad oder eine Stadthalle können wir nicht beliebig schließen und wieder öffnen; diese Einrichtungen wären in diesem Fall bei realistischer Betrachtung unwiederbringlich verloren. Derart radikale Einschnitte kommen aus diesem Grund nur in einer ausweglosen Situation in Betracht, die uns mittelfristig definitiv keine Perspektive und keine andere Wahl mehr lässt. Diese Schwelle jedoch haben wir noch nicht erreicht. **Verantwortungsvolles Handeln setzt voraus, dass wir nicht in hektischen Aktionismus verfallen oder in Panik geraten, sondern insbesondere in diesen schwierigen Zeiten sorgsam abwägen und zum richtigen Zeitpunkt handeln.**

Dieser Prozess wird für manche Entscheidungsträger schmerzhaft werden; einige werden sich den Konsequenzen verweigern, andere werden sich opportunistisch zu unwahrhaftigen Versprechungen versteigen. Die Wahrheit ist aber - um Manfred Rommel zu zitieren - manchmal ärgerlich kompliziert; einfache Lösungen stehen auch uns zur Bewältigung unserer Haushaltskrise nicht zur Verfügung. Manche Einsichten werden nur langsam reifen; die notwendigen Veränderungen werden gewiss nicht in einem einzigen Schritt verwirklicht werden können.

Damit die Veränderungen für die Bürger einleuchtend und akzeptabel werden, müssen wir als Verantwortliche die Zahlen und Fakten ohne Beschönigung immer wieder öffentlich darlegen.

Die außerordentlich prekäre Haushaltslage unserer Stadt zwingt zu nachhaltigen Sparmaßnahmen; die Probleme lassen sich mit Sicherheit nicht auf der Einnahmeseite lösen. Die Erhöhung der Abgabenlast stellt kein finanzpolitisches Wundermittel dar; Steuern sind kein unerschöpflicher Quell, der zuverlässig sprudelt und an Ergiebigkeit ständig zunimmt. Vielmehr gibt es volkswirtschaftliche Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen; sonst bleibt die angestrebte Wirkung - nämlich Mehreinnahmen - aus.

Im Übrigen wird auf diese Art und Weise - insbesondere ohne ein tragfähiges Sanierungskonzept - regelmäßig nur an den Symptomen kuriert, ohne die grundsätzlich fortbestehende Problematik anzugehen, die sich unverändert auch in den folgenden Jahren stellen wird. **Wir halten aus diesem Grund Steuererhöhungen für einen verhängnisvollen Irrweg und werden uns auch künftig nachdrücklich gegen in diese Richtung zielende Bestrebungen aussprechen.** Die Bürger müssen darauf bauen können, dass ihnen nicht aus der rechten Tasche genommen wird, was in der linken Tasche noch nicht einmal angekommen ist. Anders können Vertrauen und Verlässlichkeit als wesentliche Elemente einer glaubwürdigen Politik nicht begründet werden.

Wir werden die Anpassung von Gebühren künftig nicht vermeiden können; es erscheint unter Gerechtigkeitsaspekten sinnvoll und geboten, den Personenkreis finanziell in die Pflicht zu nehmen, der konkret kommunale Leistungen in Anspruch nimmt und von diesen profitiert. Im Übrigen sind wir gesetzlich verpflichtet, einen angemessenen Kostendeckungsgrad zu erreichen. Mehrbelastungen müssen jedoch gerecht, nachvollziehbar und sozial ausgewogen erfolgen.

Als weiterer - zentraler - Lösungsansatz muss ein konsequenter und nachhaltiger Sparkurs eingeschlagen und durchgehalten werden; alle Ausgaben sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Ein unbedingter Sparwille ist die Grundvoraussetzung, um die notwendigen Freiräume für die Finanzierung wichtiger kommunaler Aufgaben zu bewahren; der Haushalt darf nicht durch Zahlungen für Pflichtaufgaben aufgeessen werden.

Es wird kein Weg daran vorbei führen, sämtliche freiwillige Leistungen erneut auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Zusammenhang gilt es, Kosten, Nutzen und Konsequenzen umfassend abzuwägen und dann verantwortungsvoll zu entscheiden.

Um zumindest mittelfristig eine Konsolidierung zu erreichen, bedarf es zwingend struktureller Veränderungen, die zu einer dauerhaften Reduzierung der Ausgabenlast führen.

Es muss auf zunächst umfassend geprüft werden, welche - im Wege der Delegation übernommenen - Aufgaben unsere Kommune künftig behalten will und kann, welche Gestaltungsmöglichkeiten sie abgeben kann und darf.

Da insoweit ohnehin nur geringe Spielräume zur Verfügung stehen, muss nach unserer Auffassung von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Zuständigkeit als untere Baurechtsbehörde an das Landratsamt Ludwigsburg abzugeben. Diese Entscheidung führt zu erheblichen Einsparungen, die den ohnehin kritischen Bereich des Verwaltungshaushalts dauerhaft entlasten werden. Spürbare Beeinträchtigungen oder Abstriche in der Qualität der Sachbearbeitung werden - bei realistischer Betrachtung - für die Bürger unserer Stadt mit der Übertragung der Zuständigkeit auf das Landratsamt nicht einhergehen. Die mit der Entscheidung korrespondierende Einschränkung des Serviceangebots vor Ort erscheint bei einer Gesamtabwägung durchaus vertretbar. Obwohl dies ein tragfähiger und gangbarer Ansatz zu einer strukturellen Entlastung unserer Verwaltungshaushalts gewesen wäre und wegen der Reduzierung der Aufgaben nicht zu einer Mehrbelastung des Personals geführt hätte, haben wir mit unserem Antrag im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen keine Mehrheit gefunden. Ich gestatte mir die Anmerkung, dass wir nicht immer nur abstrakt nach Einsparungen rufen können, um dann, wenn eine konkrete Möglichkeit aufgezeigt wird, zu erklären: An dieser Stelle wollen wir nicht sparen; diese Vorgehensweise ist schlicht kontraproduktiv.

Es ist weiter zu untersuchen, ob durch organisatorische Umstrukturierungen eine Optimierung der Kosten - etwa über Synergieeffekte - erzielt werden kann.

Als zielführender Lösungsansatz für unsere Stadt kommt nach unserer Auffassung mittelfristig eine Reduzierung von vier auf drei Fachämter in Betracht; dieser Ansatz muss vertieft diskutiert werden.

Wir müssen über eine zielgenaue Personalentwicklung, Flexibilisierungsmaßnahmen und die intensiviertere Anwendung von Steuerungsinstrumenten mittelfristig dafür Sorge tragen, dass wir die Entwicklung der Personalkosten - ohne Kündigungen - wieder in den Griff bekommen. Wir brauchen und wir wollen motivierte und engagierte Mitarbeiter; diese müssen wir durch entsprechende Anreize fördern und fordern. Eine Reduzierung der Stellen bei einer gleichzeitigen Ausweitung der Aufgaben halten wir für nicht vertretbar; eine Politik auf dem Rücken der Mitarbeiter unserer Stadt wollen und werden wir nicht mittragen.

Wir dürfen die Diskussion aber nicht ausschließlich auf die finanzielle Entwicklung fokussieren und uns hierdurch den Blick auf andere zentrale Themenfelder verstellen. Unsere

Stadt ist mehr als eine betriebswirtschaftliche Einheit. Wir haben als Kommune Aufgaben der Daseinsvorsorge wahrzunehmen und müssen für unsere Bürger soziale Standards anbieten und gewährleisten, deren Ausgestaltung zu diskutieren ist, die aber grundsätzlich nicht verzichtbar sind. Es müssen bestimmte Rahmenbedingungen geschaffen und gesichert werden, um eine Stadt als funktionierendes Gemeinwesen zu erhalten.

Wir brauchen den Willen, die Zukunft zu gestalten. Nur dann können wir die Situation auch als Chance begreifen; wir benötigen gerade jetzt positive Impulse. Ingrid Matthäus-Maier wird die Äußerung zugeschrieben: „Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, darf man den Kopf nicht hängen lassen“; diesen Ratschlag sollten wir beherzigen.

Eine Rückbesinnung auf Grundwerte wie Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität als unverzichtbare Elemente eines guten und konstruktiven Miteinander erscheint aus unserer Sicht erforderlich. Unsere Stadt profitiert von wachsendem bürgerschaftlichen Engagement; schon aus diesen Erwägungen müssen die Menschen in Korntal-Münchingen im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

Verwaltung und Gemeinderat werden sich - insbesondere vor dem Hintergrund sich rasch verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen - nach unserer Auffassung künftig auch auf das Ziel zu konzentrieren haben, **den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Bündelung von Kräften, mehr Kooperation, mehr Gemeinsinn und weniger Egoismus sind die Schlüssel für die Zukunft.**

Unsere Vereine erfüllen eine enorm wichtige soziale Funktion in unserem Gemeinwesen, die nur mit einer Vielzahl ehrenamtlich Tätiger geleistet werden kann. Der kommunale Haushalt wird durch Eigeninitiativen und Leistungen in diesem Bereich erheblich entlastet. Auch unsere Vereine haben - bedingt durch die konjunkturelle Situation und wachsende Ausgaben - zunehmend mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen; es ist mit aller Deutlichkeit festzustellen, dass mögliche Kürzungen bei einer ganzen Reihe von Vereinen zu existenziellen Schwierigkeiten führen werden.

Die **Agendagruppen in unserer Stadt verkörpern ein außerordentliches Potential** und haben einen Anspruch darauf, dass wir uns mit ihren Vorschlägen ernsthaft und umfassend inhaltlich auseinandersetzen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Ideen in einem angemessenen Rahmen zu präsentieren.

Der Gesetzgeber hat mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Kinderförderungsgesetz die Grundlage für den Ausbau der Kinderbetreuung geschaffen; um die dort normierten Vorgaben erfüllen zu können, bedarf es enormer finanzieller Anstrengungen. Der hohe gesellschaftspolitische Stellenwert einer nachhaltigen und qualitativ gut ausgebauten Kinderbetreuung ist unstrittig. Ein zentrales Element eines bedarfsgerechten und flexiblen Betreuungsangebots vor Ort bildet nach unserer Auffassung die familiennahe Betreuungsform der Kindertagespflege; die **Einbindung von Tagesmüttern** in die Konzeption der Betreuung von Kleinkindern erscheint aus einer ganzen Reihe von Gründen unverzichtbar.

Konfuzius hat einmal gesagt: „Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen“; diese elementare Weisheit hat - aus unserer Sicht - heute noch Geltung.

Als zentrales Anliegen wird immer mehr in den Mittelpunkt rücken, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen in ihrer schulischen und sozialen Entwick-

lung zu fördern, die Eltern in ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen und zu qualifizieren und auf diese Art und Weise zur Chancengerechtigkeit beizutragen.

Der Begriff der Schulstadt ist ein zentraler Bestandteil des Profils der Stadt Korntal-Münchingen in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir haben in den vergangenen Jahren im Rahmen der uns eingeräumten Zuständigkeiten eine ganze Reihe finanzieller Kraftakte unternommen, um jedem Kind, Jugendlichen und Erwachsenen unserer Stadt die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen; diesem Anspruch wollen wir auch künftig gerecht werden. Allerdings zwingen uns die außerordentlich engen wirtschaftlichen Spielräume auch hier zu einer Konzentration auf das Wesentliche; das heißt etwa, dass bei nunmehr anstehenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen nicht alle aus pädagogischer Sicht wünschenswerten Ansätze und Vorschläge realisiert werden können.

Auch in unserer Stadt ist die **Schulsozialarbeit** vor dem Hintergrund der außerordentlich dynamischen gesellschaftlichen Veränderungen und des hiermit korrespondierenden Wertewandels ein zentraler Bestandteil der Angebote für Kinder und Jugendliche. Der Gemeinderat benötigt nach unserer Auffassung belastbare Informationen über den aktuellen Stand der Schulsozialarbeit in unserer Stadt, um konkrete Erkenntnisse über die bestehenden Probleme und Konfliktlagen zu erlangen und eine sachgerechte Bewertung vornehmen sowie gegebenenfalls hieraus resultierenden Handlungsbedarf erkennen und Lösungsansätze entwickeln zu können. Es wird zu prüfen sein, ob im Rahmen unserer kommunalen Zuständigkeiten und Möglichkeiten weitere - insbesondere präventive - Maßnahmen veranlasst sind; auch die Zusammenlegung der Hauptschulen von Korntal und Münchingen wird hier in Bedacht zu nehmen sein.

Es bedarf auch in Zukunft der Sicherung und der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen in allen vier Bereichen der Altenhilfe, um die Lebensbedingungen für ältere Menschen in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. In diesem Zusammenhang erscheint es veranlasst, ein Konzept für die Nutzung der Räumlichkeiten der ehemaligen Kurzzeitpflege im Gebäude der Altenmietwohnanlage in Münchingen zu entwickeln. Aus unserer Sicht wäre die Einrichtung einer **Tagesbetreuung** denkbar und sinnvoll; ein entsprechender Bedarf in Münchingen besteht ohne jeden Zweifel. In diesem Kontext muss abgeklärt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen Gelder aus Förderprogrammen des Landes Baden-Württemberg oder anderweitige finanzielle Unterstützung in Anspruch genommen werden können.

Benjamin Disraeli wird mit der Äußerung zitiert: „Der Mensch ist nicht das Produkt seiner Umwelt - die Umwelt ist das Produkt des Menschen“. **Der Schutz dieser Umwelt ist ein unverzichtbares und zentrales Element einer nachhaltigen Politik und überdies schlicht ein Gebot der Vernunft; jeder steht hier - im Rahmen seiner Möglichkeiten - in der Pflicht.**

Wir müssen uns im kommunalen Bereich naturgemäß auf Dinge konzentrieren, die wir selbst weitgehend beeinflussen und kontrollieren können. Die beste Art des Umweltschutzes vor Ort ist die nachhaltige Reduzierung des Energieverbrauchs. Nur auf diesem Weg können wir auch die explodierenden Energiekosten in den Griff zu bekommen; hierzu werden investive Maßnahmen auf der Grundlage des Energieberichts erfolgen müssen.

Der rasche und konsequente Ausbau regenerativer Energien erscheint sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen unverzichtbar. In diesem Zusammenhang sind als Vorteile erneuerbarer Energien beispielhaft Klima- und Ressourcenschutz, Reduzierung der Importabhängigkeit und größere Stabilität der Energiepreise

sowie positive Arbeitsplatzeffekte zu nennen. Wir vertreten mit Nachdruck die Auffassung, dass sich auch unsere Stadt ihrer Verantwortung stellen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ihren Beitrag leisten muss. Aus diesem Grund sprechen wir uns dafür aus, die zur Sanierung anstehenden Dächer an städtischen Gebäuden in eigener Verantwortung mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Die insoweit erforderlichen - aus dem Vermögenshaushalt zu finanzierenden - Investitionen werden sich nach unserer sicheren Überzeugung auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als sinnvoll erweisen, da entweder durch die Einspeisung Einnahmen generiert oder durch die Eigennutzung Ausgaben reduziert werden können, die jeweils den ohnehin nur unter Schwierigkeiten in der Balance zu haltenden Verwaltungshaushalt entlasten.

Es muss gewährleistet sein, dass die städtebauliche Entwicklung in unserer Stadt planvoll und strukturiert abläuft. **Wir benötigen ein kontrolliertes Wachstum, um unsere kommunalen Aufgaben auch künftig erfüllen zu können; ein unverzichtbares Element ist die Ausweisung neuer Bauflächen für Wohngebiete in unserer Stadt.** Wir sprechen uns nach einer umfassenden Abwägung dafür aus, die Aufstellung von Bebauungsplänen für das Aichelin/Greutter-Areal in Korntal sowie das Gebiet am Spitalhof in Münchingen vorrangig zu verfolgen und für diese Bereiche jeweils die Voraussetzungen für eine Beschlussfassung über die Aufstellung eines Bebauungsplans zu schaffen. Wir lassen uns bei dieser Prioritätensetzung neben den gebotenen städtebaulichen Gesichtspunkten entscheidend von der Überlegung leiten, dass sich die bei einer Bebauung anfallenden Kosten für Infrastrukturmaßnahmen bzw. die hieraus resultierenden Folgekosten - insbesondere im Vergleich mit anderen in Betracht zu ziehenden Gebieten - in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen bewegen werden.

Zur Finanzierung der zahlreichen anstehenden Projekte sind wir im Übrigen zwingend auf die Erlöse aus der Vermarktung der Gewerbegrundstücke angewiesen, die auf der Grundlage einer nachhaltigen Ansiedlungspolitik mit dem Ziel erfolgen muss, zukunftsfähige wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln. Hierbei müssen wir uns des Wertes unserer - nur noch begrenzt verfügbaren - Grundstücke bewusst sein und die aus einem Verkauf resultierenden Konsequenzen jeweils sorgfältig abwägen.

Im Bereich „Südlich Stuttgarter Strasse“ in Münchingen hat - was wir begrüßen - ein Discountmarkt seine Pforten geöffnet, der maßgeblich zur Sicherung einer wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung beiträgt; eine Ansiedlung im Innenbereich ist zu unserem Bedauern am Anforderungsprofil potentieller Betreiber gescheitert.

Es muss nun mit Nachdruck daran gearbeitet werden, die Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Lebensmitteleinzelhandels im Innenbereich zu schaffen; mögliche Lösungsansätze sind bereits in den Fokus genommen worden. Diese Planungen müssen zeitnah zur Entscheidungsreife gebracht und diskutiert werden. Um einen Erfolg vorweisen zu können, müssen eine ganze Reihe von Faktoren zusammenspielen, die teilweise nur sehr bedingt - wie etwa die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer der in den in Betracht kommenden Gebieten liegenden Grundstücke - beeinflusst werden können. Wir begrüßen es, dass ein Nachfolger für den Edeka-Markt gefunden werden konnte. Auch insoweit hat sich gezeigt, dass die Einflussmöglichkeiten der Verwaltung in tatsächlicher Hinsicht begrenzt sind; maßgeblich sind vielmehr unternehmerische Entscheidungen potentieller Betreiber.

Im Zuge der Diskussion um die **Neugestaltung des Albert-Buddenberg-Areals** hat sich herausgestellt, dass der als **Grundlage für die weiteren Planungen dienende Entwurf in einer ganzen Reihe von Punkten weiter optimiert werden muss.** Um

das Projekt überhaupt realisieren zu können, müssen insbesondere durch eine Modifizierung der Planung die Kosten auf eine noch finanzierbare Größenordnung gesenkt werden. Es drängt sich zunächst auf, den für die Gestaltung der Außenanlagen erforderlichen Aufwand zu minimieren; in diesem Kontext stellt sich die Frage, ob an der Verlegung der Parkplätze und den Eingriffen in die Festwiese in der bislang vorgesehenen Form festgehalten werden soll. Der geplante Gebäudekomplex ist weiter von der Korntaler Straße abzurücken; im Übrigen muss auch - was bislang ersichtlich nicht geschehen ist - Lärmschutzgesichtspunkten überzeugend Rechnung getragen werden.

Es besteht nach unserer Auffassung Veranlassung zu einer Prüfung, ob der - mit einem hohen finanziellen Aufwand verbundene - Erweiterungsbau der Strohgäuschule grundsätzlich noch erforderlich erscheint. In diesem Zusammenhang ist auch ein Paradigmenwechsel in der Schul- und Bildungspolitik des Landes Baden-Württemberg zu berücksichtigen; nach den aktuellen Zielsetzungen wird nunmehr die Integration der Förderschüler in den Regelschulbetrieb angestrebt. Die Annahme drängt sich auf, dass auf Grund dieser Entwicklung die ohnehin stagnierenden Schülerzahlen wieder zurückgehen werden. Ehe eine abschließende Entscheidung getroffen werden kann, ist überdies abzuklären, welche Konsequenzen sich aus einem möglichen Verzicht ergeben; in Betracht zu ziehen sind hier sowohl Auswirkungen auf die Flattichschule als auch möglicherweise erforderlich werdende Umbaumaßnahmen am bestehenden Gebäude der Strohgäuschule.

Die Umgestaltung des Straßenraums und den Prozess der Sanierung im Ortskern von Münchingen müssen und werden wir selbstverständlich im Blick behalten. Eine zeitliche Staffelung dieser ehrgeizigen Projekte ist jedoch bei realistischer Betrachtung unvermeidbar; ohne die Akzeptanz der Bürgerschaft und private Initiativen werden wir die erhofften Ergebnisse nicht erreichen können.

Am **Saalplatz in Korntal** steht das neue Gemeindezentrum der evangelischen Brüdergemeinde vor der Fertigstellung. Wir begrüßen es außerordentlich, dass in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit dieser Baumaßnahme auf der Grundlage eines attraktiven Konzepts eine Umgestaltung des Saalplatzes erfolgen und eine nachhaltige Aufwertung **dieses historisch und städtebaulich maßgeblichen Areals** bewirken wird; ein großzügiges Angebot der evangelischen Brüdergemeinde hat hier die entscheidenden Weichen gestellt. Ich darf mit Nachdruck darauf hinweisen, dass der Gemeinderat bei diesem sensiblen Projekt jeweils zeitnah in die Planungen einzubinden ist und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden darf. Zu gegebener Zeit werden weitere planerische Überlegungen anzustellen sein, um ein Gesamtkonzept zur Fortführung der Sanierung „Stadtmitte Korntal“ zu entwickeln.

Wir benötigen entscheidende Impulse für die Belebung der **Stadtmitte von Korntal**; der **Existenz eines Lebensmitteleinzelhandels in Form eines Vollsortimenters** kommt - wie die aktuelle Situation belegt - in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu. **Dieser Standort muss durch flankierende Maßnahmen nachhaltig gesichert und strukturell gestärkt** werden, da eine Einkaufsmöglichkeit in zentraler Lage Magnetfunktion ausübt, die auch aus stadtplanerischen Erwägungen unverzichtbar erscheint.

Das im Privateigentum stehende **Gelände am Bahnhof in Korntal** liegt seit geraumer Zeit brach; wir haben beschlossen, für dieses städtebaulich interessante Areal einen Bebauungsplan aufzustellen. Zunächst muss das Ergebnis spezifischer - zwischenzeitlich in Auftrag gegebener - gutachterlicher Untersuchungen Berücksichtigung finden, ehe wir im Rahmen der Entscheidungsfindung die in Betracht zu ziehenden öffentlichen und privaten

Belange - beispielhaft seien etwa Lage und Charakter des Geländes sowie das klar artikulいたe Interesse unserer Bürger an einer Einkaufsmöglichkeit an dieser Stelle genannt - mit der gebotenen Sensibilität abzuwägen haben werden.

Der Erhalt des **Gartenstadtcharakters** in Korntal und der Schutz gewachsener Strukturen sind aus unserer Sicht berechnigte und wichtige Anliegen; diese Problematik haben wir im vergangenen Jahr differenziert mit einem positiven Ergebnis diskutiert; wir haben einen nachhaltigen und zielorientierten Lösungsansatz erarbeitet, der an Charakter und Zuschnitt der vorhandenen Bebauung anknüpft. Dies ist - worauf wir schon zu Beginn der Erörterung dieses Themenfeldes hingewiesen haben - schon aus rechtlichen Gründen ohne jede Alternative.

Im **Kallenberg** ist im vergangenen Jahr eine insgesamt positive Entwicklung angestoßen worden; der Sanierungsprozess hat an Dynamik gewonnen. Das sogenannte Rühlegelände steht wieder einmal vor der wirtschaftlichen Verwertung; der Gemeinderat hat jedenfalls schon vor mehr als einem Jahr die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. **Die städtebaulichen Rahmenpläne für Kallenberg - aber auch für Müllerheim - müssen jedoch aktualisiert und fortgeschrieben werden.** Die hier postulierten Forderungen und Ziele konnten bislang nicht erreicht werden; diese Gebiete benötigen eine zukunftsfähige Perspektive und klare Konzepte. Kostenintensive Maßnahmen werden wir allerdings auch mittelfristig nicht finanzieren können.

Den schienengebundenen Personennahverkehr halten wir - sowohl aus ökologischen aber auch aus verkehrspolitischen Gesichtspunkten - für einen zukunftsfähigen Ansatz. Aus diesem Grund haben wir uns für den **Erhalt der Strohgebühbahn** ausgesprochen. Gleichwohl führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass der jährlich von uns für die Strohgebühbahn zu zahlende Betrag den städtischen Haushalt bis an die Schmerzgrenze - oder darüber hinaus - belastet.

Die Übernahme der Trägerschaft durch einen Zweckverband stellt aus unserer Sicht keine optimale Lösung dar. Das Modell einer Strecke mit Endhalten in Heimerdingen und Korntal führt auf ein Abstellgleis; dieser Ansatz erscheint sowohl wirtschaftlich als auch verkehrspolitisch verfehlt und nicht zukunftsfähig. Wenn einem Betrag von mehr als sieben Millionen € reine Investitionskosten eine prognostizierte Fahrgastzahl von gerade 230 Personen pro Werktag in beiden Fahrtrichtungen zusammen gegenübersteht, kann jedem halbwegs objektiven Betrachter ein krasses Missverhältnis nicht verborgen bleiben. Wir bedauern sehr, dass wir im Rahmen der Diskussion mit unserem Antrag, den Investitionsvertrag nur unter der Bedingung zu unterzeichnen, dass die Strecke von Hemmingen bis Korntal als denkbare Variante einer Streckenführung untersucht wird und sich das Ergebnis gegenüber der insbesondere vom Landkreis favorisierten Variante von Heimerdingen nach Korntal als wirtschaftlich ungünstiger darstellt, in diesem Gremium keine Mehrheit gefunden haben.

Gleichwohl führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass wir keine vernünftige Alternative zur Strohgebühbahn haben, die für unsere Stadt eine ganz besondere Bedeutung aufweist; es wäre unverantwortlich, den Betrieb der Bahn unter den aktuellen Rahmenbedingungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wir begrüßen, dass das Leistungsangebot - insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden - deutlich verbessert werden soll. **Eine regelmäßige Durchbindung nach Feuerbach erscheint jedoch aus unserer Sicht absolut zwingend, um der Strohgebühbahn eine vernünftige Perspektive zu eröffnen.** Wir müssen aus diesem Grund auch in Zukunft beharrlich auf die attraktive Weiterführung der Strecke von Korntal bis Feuerbach drängen und insbesondere darauf achten, dass die logistischen und

technischen Voraussetzungen für die Durchbindung geschaffen werden; die letzte Entscheidung ist hier mit einiger Sicherheit noch nicht gefallen.

Miguel de Cervantes wird mit der Äußerung zitiert: „Wer das Unmögliche sucht, dem geschieht nur recht, wenn ihm das Mögliche versagt bleibt“. Zum Wohle unserer Stadt wollen wir - die SPD-Fraktion - weiterhin das Mögliche suchen. **Unser Ziel wird auch in Zukunft sein, tragfähige und sozial ausgewogene Lösungen zu erarbeiten sowie mit Besonnenheit und einer soliden Haushaltspolitik die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern und das Erreichte zu bewahren.** Überflüssige Zänkereien über Nichtigkeiten, billiger Populismus, das Beharren auf nicht finanzierbaren oder unrealistischen Forderungen und Besserwisserei erscheinen uns absolut kontraproduktiv. Wir erwarten von der Verwaltung, die nicht nur - wie wir als Gemeinderat - im Ehrenamt mit dieser außerordentlich problematischen Situation befasst ist, dass sie im Rahmen dieses Prozesses nicht nur Vorschläge unterbreitet, sondern konkrete Lösungen vorschlägt. Es gibt keine Patentrezepte und einfache Wahrheiten; vielmehr müssen wir fair, konstruktiv und sachlich um differenzierte Lösungen ringen, die wir im Interesse unserer Stadt zur Bewältigung der aktuellen und vor uns liegenden Probleme dringend benötigen.

Mein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer, der mit hoher fachlicher Kompetenz und vorbildlichem Engagement die Haushaltsberatungen vorbereitet und das Gremium bei der Erörterung der sehr komplexen Sachverhalte intensiv begleitet hat. Dieser Dank schließt die Mitarbeiter der Kämmerei ausdrücklich ein.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan für das Jahr 2010 und den hiermit verbundenen Planwerken zu; die mittelfristige Finanzplanung nehmen wir zur Kenntnis.

Für die Fraktion:

Für die Fraktion der SPD
Egon Beck
Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2010

(FOTO)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Wolf,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und Stadtverwaltung,
verehrte Zuhörerschaft und Pressevertreter,

seit Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2010 und der Finanzplanung mit Planungshorizont von 2009 bis 2013 und der mahnenden Haushaltsrede von Bürgermeister Dr. Wolf am 15. Dezember 2009 an gleicher Stelle haben die dreimonatigen Haushaltsberatungen im Gemeinderat nach Auffassung der Freien Wähler **nicht** den **Durchbruch** gebracht, um mit bewusstem Verzicht und Reduzierung der Ansprüche dem **dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen** wirkungsvoll entgegenzuwirken.

Bei jeder Haushaltsberatungssitzung wurde der Gemeinderat vom Kämmerer mit weiteren Rückgängen bei den Gewerbesteuererinnahmen und dem Gemeindeanteil der Einkommenssteuer überrascht.

Anstatt gemeinsam wirkungsvolle **Restrukturierungsmaßnahmen** zu erörtern und zu beschließen, beschränkte man sich in den Haushaltsdebatten im wesentlichen darauf, die anstehenden **Großprojekte** wie Mensa, Jugendhaus und MVM-Vereinsheim zur Neuord-

nung des Albert-Buddenberg-Areals und die überfällige Generalsanierung des 50-jährigen Gymnasiums in die ferne Zukunft außerhalb des Finanzplanungshorizontes nach dem Jahr 2013 zu verschieben.

Vielleicht wollen viele nicht wahr haben, dass wir auch in Zeiten hoher Steuereinnahmen in Korntal-Münchingen seit Jahren mehr und mehr über unsere Verhältnisse gelebt haben.

Mittlerweile tut sich in unserem Verwaltungshaushalt ein **alljährliches Loch** von 3 Mio € auf! Hinzu kommen noch die abzuführenden Umlagen an den Landkreis und die Region Stuttgart.

Die **Halbierung** unserer **Gewerbesteuereinnahmen** und die geringere Zuweisung aus der **rückläufigen Einkommenssteuer** haben diese **strukturelle Lücke** bei den Verwaltungsausgaben schonungslos offen gelegt.

Unser zeitlicher Handlungsspielraum beschränkt sich aktuell auf nur noch maximal zwei Jahre, um der **finanziellen Schieflage** durch überfällige Einspar- und Verzichtmaßnahmen zu begegnen. Ende 2011 ist unser Sparstrumpf vollends leer. Eine angedachte **Neuverschuldung** zur Finanzierung unseres „städtischen Konsums“ zu Lasten unserer Kinder lehnen wir seitens der Freien Wähler kategorisch ab!

In unserem Haushaltsplan betragen die tatsächlich von uns **beeinflussbaren Verwaltungsausgaben** ca. 20 Mio €.

Für die fast **400 Mitarbeiter der Stadt** müssen mittlerweile jährlich 10 Mio € für Personalkosten aufgewandt werden. Die weiteren Posten in unserem Verwaltungshaushalt von 42,6 Mio € sind Umlagen, kalkulatorischer Aufwand und innere Verrechnungen als durchlaufende Posten bei denen sich die Ausgaben und die Einnahmen per Saldo aufheben.

Unseren bereinigten Verwaltungsausgaben von 20 Mio € ist das **Defizit** im Haushaltsplan 2010 von **5,2 Mio €** entgegen zu setzen.

Das heißt, wir müssen dieses Jahr mit 5,2 Mio € fast die Hälfte aus unseren über Jahre angesparten **Rücklagen** von ca. 12 Mio € entnehmen.

Dies wiederum bedeutet, dass wir **jeden vierten Euro** für die Bezahlung unserer kommunalen Aufgaben aus unserem Sparstrumpf entnehmen müssen.

Nach 2011 wird dies nicht mehr möglich sein. Aus heutiger Sicht gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die **Steuereinnahmen** auf absehbare Sicht wieder das **Rekordniveau** vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichen.

Und trotzdem werden Jahr für Jahr weitere Stellen von der Stadtverwaltung beantragt und vom Gemeinderat beschlossen, obwohl absehbar kein Geld mehr dafür vorhanden ist.

Die **Lobbyisten** in der Bürgerschaft, in der Stadtverwaltung und im Gemeinderat nehmen darauf leider keine Rücksicht und handeln weiterhin streng nach dem Sankt-Florians-Prinzip bzw. dem Windhund-Prinzip. Den von den Freien Wählern in den Haushaltsberatungen vorgeschlagenen **Personalkostenoptimierungsmaßnahmen** wurde pauschal eine Absage erteilt.

Wir von den Freien Wählern haben im Gegensatz zu den anderen Fraktionen im Gremium mehrfach eine **strukturelle Verwaltungsreform** mit tiefgreifenden Maßnahmen zur **Haushaltskonsolidierung** eingefordert, Vorschläge gemacht und Anträge gestellt, die nicht nur auf einmalige **Ausgabenreduzierungen** im laufenden Haushaltsjahr 2010 abzielen.

Hier, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, muss der angedachte **Leitbildprozess** aufsetzen, damit gemeinsame **Ziele für die Zukunft** vereinbart und umgesetzt werden.

35 Jahre nach der Gemeindereform und **Zusammenschluss von Korntal-Münchingen** und seitdem nahezu **unveränderten Organisations- und Ablaufstrukturen** ist die konzeptionelle Arbeit mit Leitbild für Verwaltung, Gemeinderat und den Interessenverbänden und Institutionen in unserer Stadt zur **Orientierung** überfällig.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir vieles auf den **Prüfstand** stellen und **neue Ideen** entwickeln müssen, um die eingefahrenen **Abläufe und Strukturen** aufzubrechen und um schlummernde Verbesserungspotenziale zur **Effizienzsteigerung** nutzen zu können.

Wir haben uns seitens der Freien Wähler mit der **dringend gebotenen Haushaltskonsolidierung** intensiv auseinandergesetzt und **Vorschläge** unterbreitet, wohl wissend, dass diese zwar unpopulär sind und von den Lobbyisten in der Luft zerrissen werden, aber „**Weitermachen wie bisher**“ und die Augen vor den Tatsachen zu verschließen und uns auf das Prinzip Hoffnung zu beschränken sehen wir nicht im Interesse unserer Mitbürger an.

Um Personalstellen zu sparen, haben die Freien Wähler unter Schmerzen gefordert, die Personalstelle der ausscheidenden Leiterin des Heimatmuseums durch Aufstockung der projektbezogenen Gelder zu ersetzen.

Wesentlich brisanter sehen wir die Notwendigkeit, Einsparungen bei den 5 Personen in der **hochdefizitären und wenig frequentierten Stadthalle** zu generieren.

Deshalb streben wir anstatt Neueinstellungen die Bildung von **Personalpools** in der Kernverwaltung zur Abfederung aperiodisch auftretender Belastungsspitzen an. Unsere langjährigen Berufserfahrungen zeigen, dass nicht alle Abteilungen zu exakt derselben Zeit exakt dieselbe Kapazitätsauslastung haben, sondern die Arbeitsbelastung in der Kämmerei zu den Steuerterminen zeitlich anders einzuordnen ist, als beispielsweise Planung und Kartenverkauf für die Kulturveranstaltungen.

Für anstehende **Bauvorhaben** und Investitionsprojekte schlagen wir vor, dass Bauvorhaben bei Beschlussfassung für die **Planung** gleich einen finanziellen **Kostenrahmen** erhalten, der zwingend eingehalten werden muss. Grundsätzlich sind in den Kostenschätzungen bereits 15% Mehrkostenaufschlag für Unvorhergesehenes enthalten und muss als Puffer genügen.

So erfolgte beispielsweise der Beschluss für die **Umgestaltung des Saalplatzes** ursprünglich auf einer Kostenschätzung von 0,8 Mio € anstatt der jetzt genannten 1,1 Mio €. Um dieses Prinzip beim Saalplatzprojekt zu unterstreichen, forderten die Freien Wähler bei den Haushaltsberatungen die Deckelung auf den ursprünglichen Kostenrahmen.

Künftig fordern wir grundsätzlich im Vorfeld der Planungen eine stärkere Einbindung der Gemeinderäte bei der Ausgestaltung und finanziellen Ausstattung der Projekte, an Stelle der bislang praktizierten Salomitaktik mit häufigen Nachforderungen.

Für die Planungen auf dem **Albert-Buddenberg Areal** bedeutet dies für den **Bau eines Zweckgebäudes** mit Mensa, Jugendtreff, Musikvereinsheim eine integrierte, kostengünstige Lösung zu finden, die mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt zeitnah, d.h. vor 2014 umgesetzt werden kann. Da dieser Bedarf ganz dringend ist und um den Weg für Planung und Bau freizumachen, haben die Freien Wähler den Umzug des **Jugendtreffs Münchingen** in die Villa Korntaler Str. 2 vorgeschlagen. Bedauerlicherweise wurde dieser Vorschlag der Freien Wähler von der Stadtverwaltung ohne nähere Prüfung umgehend zurückgewiesen.

Generell muss eine kritische Frage - ob der aktuell bedenklichen und künftig äußerst prekären städtischen **Finanzsituation** - erlaubt sein:

Können wir uns in **Korntal-Münchingen** neben den vielfältigen, kommunalen Pflichtaufgaben unser **Leistungsangebot** von 5 Schulen an 4 getrennten Standorten mit 3 Mensen plus 1 Musikschule plus 1 Volkshochschule plus 2 Büchereien und dazu ein hochsubventioniertes Kultur- und Kongresszentrum vor den Toren Stuttgarts plus Freizeitbad plus 2 Feuerwehren plus 3 Rathäuser und Anteilseigner einer maroden Eisenbahn als Stadt mit nur 18.500 Einwohnern auf Dauer leisten?

Selbst in Boomjahren des Wirtschaftsaufschwungs mit jährlichen **Rekordsteuereinnahmen**, in Zeiten mit **Bevölkerungswachstum** und geringer **Arbeitslosigkeit**, mit guter Rendite aus **Grundstücksverkäufen** in neu ausgewiesenen Gewerbe- und Wohnbaugebieten war dies in vollem Umfang nur noch bedingt möglich. Der gravierende Sanierungsstau am Gymnasium Korntal, im Ortskern Münchingen und in den städtischen Wohngebäuden entstanden nicht kurzfristig, sondern offenbaren die jahrelang unterlassenen Sanierungsmaßnahmen und dass wir mehr und mehr **über unsere Verhältnisse** gelebt, von der guten Substanz gezehrt und unser Tafelsilber weitgehend veräußert haben.

Schon in 2004 wurden wir von der **Kommunalaufsicht** angehalten, unsere Freiwilligkeitsleistungen zu kürzen und die Einnahmen (Steuern, Gebühren) auf das höchstmögliche Maß zu erhöhen, um weiterhin einen **gesetzeskonformen Haushalt** erstellen zu können. Mit Schreiben vom 21.01.2010 wurden wir abermals von der Kommunalaufsicht zu **wirkungsvollen Konsolidierungsmaßnahmen** angehalten, um dem Substanzverzehr endlich Einhalt zu gebieten. Diesen Nachweis sind wir im **Finanzplan 2009 – 2013** schuldig geblieben. Anstatt in den kommenden Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorweisen zu können, ergibt sich ab 2011 und nach dem Verbrauch sämtlicher Rücklagen eine zusätzliche **Neuverschuldung** von über 7,6 Mio €.

Selbst mit Erhöhungen der Steuersätze für die Gewerbe- und Grundsteuer können wir uns unseren selbst gewählten Standard nicht mehr leisten. Wir müssen uns eingestehen, dass wir über unsere Verhältnisse leben und jede Interessengruppe in unserer Stadt ihr Anspruchsdenken den Gegebenheiten in unserem Gemeinwesen verantwortungsvoller unterordnen sollte.

Wie Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer **Haushaltsrede im Dezember** bereits anmahnten, sollten die unbestritten notwendigen Maßnahmen und Lasten möglichst gerecht auf alle Gruppierungen unserer kommunalen Gemeinschaft verteilt werden.

Wenn die von uns angemahnte strukturelle Verwaltungsreform mit Unterstützung aller beteiligten Interessen- und Konfliktgruppen nicht eigenverantwortlich umgesetzt wird, sehen wir nur die Möglichkeit eines dreigeteilten Sparplanes. Dabei wäre das strukturelle Defizit von 3 Mio € von der Stadtverwaltung (Personalausgaben), vom Gemeinderat (Freiwilligkeitsleistungen, Bauvorhaben) und der Bürgerschaft (Steuer- und Gebührenerhöhung) paritätisch mit je 1 Mio € per anno zu tragen. Hilfreich könnte hierbei der **Leitbildprozess** sein, um alle Aktionen mit der Verwaltung, allen relevanten Interessengruppen und der Bevölkerung einzufordern, zu verankern und zeitnah umzusetzen. Diese Aufgabenstellung sollten wir als **Chance** begreifen, um die Zukunft aktiv und kreativ zu gestalten.

In den letzten 3 Jahren wurde nahezu die komplette **Führungsspitze** mit neuem Bürgermeister, neuem Technischen Beigeordneten und ganz aktuell einem neuen Hauptamtsleiter verjüngt, zu denen sich bei der **Gemeinderatswahl 2009** noch sieben neue, dynamische Gemeinderäte gesellten.

Zugegebenermaßen haben die **neuen Entscheidungsträger** nach der „Hochzeit des Sonnenkönigs“ mit üppig sprudelnden Steuerquellen und überteuerten Prestigeobjekten kein leichtes Erbe angetreten. Aber jammern auf hohem Niveau hilft nichts.

Der Hinweis, dass die Nachbarkommunen im Strohgäu die gleichen Probleme haben, rechtfertigt nicht, dass wir uns nicht aktiv, intensiv und ohne Ressentiments um unsere **Kostenstruktur im Verwaltungshaushalt** kümmern müssen

Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat haben bis Herbst 2010 Zeit, sich intern auf einen **Maßnahmenkatalog** zu vereinbaren und gemeinsam mit den avisierten Steuer- und Gebührenerhöhungen für das Haushaltsjahr 2011 zur **Vermeidung weiterer Haushaltslücken** zu beschließen.

Dies ist unser Vorschlag, um den Verwaltungshaushalt im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung wieder in den Griff zu bekommen und unseren Nachfolgern und Kindern keinen unüberwindbaren **Schuldenberg** mit leerer Stadtkasse zu hinterlassen.

Leitbild in der Krise aus der Krise...

Der „Point of no return“ ist erreicht, in dem wir entscheiden müssen, welchen Weg wir einschlagen wollen und wie unsere Zukunft aussehen soll und kann. Wir bitten jeden einzelnen **Mitbürger, Interessenvertreter** und **Mitarbeiter** unserer Stadt sich aktiv an der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft mit zu beteiligen, sich mit zu ändern, um die aktuelle Krisensituation zu verändern!

Unser Erfolg, unsere Zukunft hängt von unserer Bereitschaft als Bürger ab, diesen Weg mit zu gehen und in spätestens 2 Jahren das erklärte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes **ohne Neuverschuldung** zu erreichen.

Dafür sind ehrenamtliches und uneigennütziges **Engagement** und **Solidarität** genauso gefragt wie **Mut und Entschlossenheit** unbekannte Wege zu gehen.

Die Freien Wähler erheben einen hohen Anspruch an eine **verantwortungsvolle Haushaltsführung**. Wir wollen bei unseren Entscheidungen weiterhin das absolut **Notwendige** befürworten, das **Unnötige** verhindern und unseren Blick auf das **Machbare** konzentrieren. Bei allen Investitionsentscheidungen müssen die damit verbundenen Betriebs- und Folgekosten im Beschlussantrag zur Planung mit einbezogen und im Finanzplan fortgeschrieben werden.

Bei den Haushaltsberatungen haben sich die Freien Wähler mit ihren Anträgen - wie zuvor exemplarisch ausgeführt - auf die **Reduzierung der Personalausgaben**, auf kostengünstigere Alternativvorschläge und die Deckelung beschlossener Baumaßnahmen konzentriert und sich mit Einzelmaßnahmen noch bewusst zurückgehalten. Wir sehen es als vornehmliche **Aufgabe der Stadtverwaltung**, selbstkritisch und eigenverantwortlich uns eine Vorschlagsliste und Stellenplan mit differenzierteren Einsparpotenzialen vorzulegen, aus der wir gemeinsam in der Herbst-Klausursitzung nach den Sommerferien ein **Sparpaket für die Zukunft** schnüren können.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Dr. Wolf, und ihre Verwaltungsmitarbeiter tatkräftig in der anstehenden **Haushaltskonsolidierungsphase** unterstützen und scheuen auch vor unpopulären Entscheidungen nicht zurück, wenn es sich in der Analyse herausstellen sollte, dass bestehende Strukturen einen zu geringen Kostendeckungsgrad und Angebote seitens der Bürgerschaft nicht in erwartendem Maße nachgefragt werden.

Dank und Anerkennung möchte ich den drei **neuen Gemeinderatskollegen** an meiner Seite und in den anderen Fraktionen und den **neuen Mitarbeitern der Verwaltung** aussprechen, die wahrlich kein leichtes Erbe angetreten haben, die sich jedoch mit ho-

hem persönlichen Einsatz in die schwierige und umfangreiche Materie der kommunalen Aufgaben schnell und konstruktiv eingearbeitet haben.

Unser besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Herrn Gerlach und Herrn Leonhardt, die mit großem Fleiß die Haushaltsberatungen vorbereitet, Vorschläge erarbeitet, bewertet und das Gremium bei der Erörterung komplexer Sachverhalte unterstützend begleitet haben. Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2010 und den hiermit verbundenen Planzahlen zu; die mittelfristige **Finanzplanung** 2009 – 2013 nehmen wir mit **großer Besorgnis** zur Kenntnis.

Für die Fraktion der Freien Wähler
Frank Gehring
Fraktionsmitglied

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe KollegInnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

schwierige Haushaltsberatungen liegen hinter uns: aber die Probleme, die es zu meistern gilt liegen alle noch vor uns.

Die Eckdaten sind mehrfach genannt worden: Einbruch der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer dazu steigende Umlagen und Personalkosten. Insgesamt müssen wir ein Einnahmeloch von ca. 8 Mio. € ausgleichen, was nur durch ein Abschmelzen der Rücklage um ca. 50% und neue Kreditaufnahmen möglich ist.

Dieser dramatische Einnahmeeinbruch mit dem wir zu kämpfen haben ist einer Entwicklung geschuldet, die absehbar war und die schon oft beschrieben wurde:

Wir sind an die **Grenzen unseres Wachstums** geraten: Ressourcen neigen sich dem Ende und werden teuer, volkswirtschaftliche Schäden durch Umweltverschmutzung und Klimaveränderung kosten den Steuerzahler immer mehr Geld und gnadenlose Billigkonkurrenz durch Ausbeutung von Menschen und Umwelt in Drittländern (und inzwischen auch bei uns) gefährdet unseren Wirtschaftsstandort.

Durch unser Wachstum konnten wir aber auch viel erreichen: Bildung, Kultur, Gesundheit und Lebensstandard. Nun gerät unsere Wohlstandsgesellschaft in Gefahr, weil uns die Kosten über den Kopf wachsen. Wir haben es mit einer Strukturkrise zu tun, der wir durch kluge Entscheidungen entgegen treten müssen.

Klug ist es, die Gefahren, die der Klimawandel bringt, abzumildern und die Kosten, die durch Umweltveränderungen und Ressourcenknappheit eintreten möglichst gering zu halten. Klug ist es, auf Wachstum in Qualität zu setzen anstatt auf Beliebigkeit und so unsere Chancen im Wettbewerb der Kommunen als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort zu erhöhen. Klug ist es deshalb, genau abzuwägen, welche Aufgaben uns zukunftsfähig machen und welche uns den Weg erschweren.

Ich betone das deshalb so, weil es eben nicht darum geht, sich mit Einsparungen und Krediten einige Jahre über Wasser zu halten, bis alles wieder ist wie früher. Wir werden den Veränderungen nicht ausweichen können. Unser Haushaltsplan sollte deshalb dafür sorgen, dass uns gerade in Zeiten knapper Kassen auch in Zukunft noch Gestaltungsspielräume bleiben z. B. für den weiteren Ausbau der **Kinderbetreuung**. Ich nehme es vorweg: Einem solchen Anspruch wird der diesjährige Haushaltsplan nicht gerecht. Der

Haushaltsplan 2010 ist ein Sparhaushalt, so weit so gut, aber er bleibt ohne weitere Perspektive und kluge vorausschauende Entscheidungen.

Wichtige **Investitionsmaßnahmen** haben wir verschoben, weil sie im Moment einfach nicht bezahlbar sind. Die Neubebauung des Buddenbergareals muss noch warten: das heißt, die SchülerInnen haben weiterhin nur eine provisorische Mensa, die Jugendlichen müssen sich noch eine Weile mit ihrer derzeitigen Unterkunft für den Jugendtreff arrangieren, und auch der Musikverein muss noch auf neue Räumlichkeiten warten.

Die Generalsanierung des Gymnasiums wird in die Länge gezogen, die Fortführung der Ortskernsanierung und der Straßenumgestaltung in Münchingen braucht mehr Zeit und auch einige Straßenerneuerungsprojekte wurden auf später verschoben. Außerdem verzichten wir auf verschiedene kleinere Vorhaben, die noch nicht unbedingt dieses Jahr getätigt werden müssen. Nächstes Jahr soll zusätzlich noch an der Einnahmenseite geschraubt werden: Gewerbesteuer und Grundsteuer sowie verschiedene Gebühren werden wir erhöhen müssen. Alle diese Entscheidungen haben wir im Einvernehmen so getroffen und wir halten das auch für richtig.

Dass wir aber ein Loch von 8 Mio. € nicht aus Einnahmen decken können, wie eingangs erwähnt, ist eine schwere Hypothek auf die Zukunft. Wir Grünen hätten deshalb sehr gerne mit diesem Haushalt auch einige richtungsweisende Ansätze verabschiedet. Wir haben Vorschläge gemacht, von denen wir in den nächsten Jahren profitiert hätten, sie haben diese Vorschläge alle abgelehnt.

Zum Beispiel haben wir vorgeschlagen, noch mehr einzusparen bei Straßenerneuerungsmaßnahmen und dieses Geld dann direkt in den Ausbau des **Nahwärmenetzes** und in eine **Photovoltaikanlage** zu investieren. Das wollten Sie nicht. Wir haben auch vorgeschlagen, Möglichkeiten für neue Betreibermodelle für das **Freizeibad** zu prüfen. Es gibt Beispiele für Bäder, die von Vereinen betrieben werden (*Beispiel Kemnat*) oder von privaten Investoren (*Beispiel Hechingen*). Das halten Sie für unrealistisch. Dann halten wir es für realistisch, dass das Bad in ein paar Jahren aus Kostengründen geschlossen werden muss und nicht nur Sanierungsgelder in den Sand gesetzt wären.

Wir haben den Vorschlag gemacht, dass man sich in unserer Stadt mit dem Thema **Migration** auseinandersetzen soll. Es lässt sich nicht nur bei uns beobachten, dass besonders unter Kinder und Jugendlichen Integration wieder schwieriger wird. Da spielt fehlende Sprachkompetenz eine Rolle oder auch fehlende Zukunftsperspektiven für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das führt dazu dass sie sich wieder stärker abgrenzen, eigene Cliques bilden usw. Die Entwicklung ist vielschichtig aber sie hat massiv Konsequenzen für unsere Gesellschaft auch für uns in Korntal-Münchingen. *Letzte Woche wurde berichtet, dass Ditzingen diesem Thema jetzt auch personell besondere Aufmerksamkeit widmet.* Bei uns gibt es noch nicht mal einen Integrationsbeirat. Dennoch halten Sie es nicht für nötig, wenigstens einmal an einem runden Tisch mit allen relevanten Einrichtungen über das Thema zu sprechen und haben unseren Antrag abgelehnt. Ich bin mir sehr sicher, dass wir uns darüber demnächst wieder unterhalten werden. Dann aber leider unvorbereitet.

Für besonders kurzichtig halten wir das Verschieben der **Leitbilddiskussion** auf Antrag der CDU-Fraktion. Ihnen, Herr Wolf, war das Leitbild zurecht ein dringendes Anliegen. Mit einer Leitbilddiskussion wollten wir gleichzeitig zwei wichtige Ziele erreichen: Zum einen wollten wir einen Strategieplan entwickeln, der uns Handlungsrichtlinien für die nächsten Jahre zeigt. Wir profitieren davon, weil wir nicht mehr jede einzelne Entscheidung rechtfertigen müssen, sondern einen Weg gehen können, der von uns allen gemeinsam beschlossen wurde. Zum anderen wollten wir die BürgerInnen von Korntal-Münchingen an dieser Strategieplanung beteiligen und sie einbeziehen. Es muss uns doch allen klar sein, dass wir gerade in Zeiten, in denen das Geld nicht mehr für alles reicht, besonders darauf

achten müssen, dass eine breite Mehrheit unsere Entscheidungen mit trägt. Wir könnten andersherum auch davor bewahrt werden, Wege zu gehen, die für unsere BürgerInnen nicht akzeptabel wären und könnten rechtzeitig gemeinsame Lösungsmöglichkeiten entwickeln.

Wir alle wissen, dass unsere Stadt in herausragender und überdurchschnittlicher Weise von der ehrenamtlichen Tätigkeit ganz vieler Menschen profitiert. Ohne dieses Engagement ist unsere Stadt nichts – und auch deshalb sollten wir in eine gemeinsame Strategieplanung, in einen Leitbildprozess sofort einsteigen! Sie glauben, liebe KollegInnen, dass Sie mit dem Antrag, den Leitbildprozess noch nicht zu beginnen, ein bisschen Geld einsparen könnten. In Wirklichkeit verpassen wir so eine Chance, unser Geld in Zukunft gezielt einzusetzen und dadurch unnötige Ausgaben zu sparen.

Das Wichtigste zur Schaffung zukünftiger Gestaltungsspielräume, ist allerdings unserer Ansicht nach **konsequentes ressourcenschonendes und nachhaltiges Management auf allen Ebenen**. Hier haben wir in Korntal-Münchingen erhebliche Defizite. Und anstatt weitere Anstrengungen zu unternehmen, auch im diesjährigen Haushaltsplan weitere Schritte im Klimaschutz zu machen, werden sogar noch Gelder gekürzt. Wir Grünen befürchten, dass der Rückstand, in den wir geraten, bald nicht mehr aufzuholen ist. Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wolf, auch für den Klimaschutz braucht es ausreichend Personal mit umfassendem Know-How und nicht nur mal hier mal da eine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die besten Ansätze, die aus einzelnen Abteilungen der Verwaltung kommen, oder vom Gemeinderat beschlossene Anträge werden nicht umgesetzt und können nicht umgesetzt werden, weil das mit einer Stelle Umweltschutz plus einer höchstens 20% Stelle Energiebeauftragter einfach nicht zu leisten ist. Es klafft eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Zum Beispiel spart **ökologische und faire Beschaffung** langfristig viel Geld. Das wissen Sie alle und deshalb sind Sie unserem Antrag im letzten Jahr auch gefolgt, und haben eine entsprechende Umsetzung beschlossen. Nur: Wer kennt sich denn damit aus im Hauptamt? Wer beschäftigt sich mit Ökobilanzen, regionalen Einkaufsstrategien, Entsorgungskosten oder energiesparenden Technologien? Wurde mit der Umweltschutzstelle oder dem Energiebeauftragten zusammengearbeitet? Hätten diese überhaupt dafür noch Kapazitäten frei gehabt? Wer Geld klug ausgeben will, der muss wissen, was klug ist.

Das zweite Beispiel ist unser **Flächen- und Infrastrukturmanagement**. Uns wurde wie gewünscht eine Berechnung vorgelegt, um potenzielle Neubaugebiete vergleichen zu können. Leider wurde nicht betrachtet, ob sich die Ausweisung neuer Baugebiete auf der Grünen Wiese überhaupt wirtschaftlich darstellen lässt. (*Beispiel Tübingen Innentwicklung*) Steigende Energie- und Sanierungskosten wurden in der Untersuchung überhaupt nicht berücksichtigt. Tatsächlich stecken wir alles in allem in diesem Jahr fast 2 Millionen € unseres Etats in den Bereich Straßeninstandhaltung und Kanalsanierung. Die Unterhaltung unserer Straßen kostet alleine schon 1 Mio. €, dazu kommen 500.000 € für Erneuerungsmaßnahmen, weitere Mittel werden fällig für Reinigung, Straßenbeleuchtung usw.. Ich muss niemandem das schreckliche Unwetterereignis vom letzten Juli in Erinnerung rufen- es ist bei uns allen noch höchst präsent. Wurden aber daraus Konsequenzen in Richtung verstärkter Entsiegelungsmaßnahmen diskutiert oder unsere Förderzuschüsse für Zisternen wieder aufgelegt? Was lohnt sich am Ende mehr? Neue Kanäle oder mehr entsiegelte Fläche? Auch in diesem Zusammenhang sehen wir die Ausweisung neuer Baugebiete auf der Grünen Wiese wie z.B. am Spitalhof kritisch. Für verfehlt halten wir deshalb auch die Entscheidung, Gelder für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans einzusparen. Es ist gerade zu widersinnig, hier auf professionelle Beratung und grundsätzliche Untersuchungen zu verzichten.

Im Gegenteil sollten wir eine sehr sorgfältige Überprüfung und Fortschreibung des Flächennutzungsplans vornehmen, um in Zukunft Geld nicht unnötig aus dem Fenster zu werfen. Sehr positiv bewerten wir dagegen die große Anstrengung, die die Verwaltung unternimmt, um das brachliegende Aichelingelände einer Wohnbebauung zu zuführen. Wie attraktiv dieses neue Baugebiet sein wird, hängt allerdings unserer Ansicht nach entscheidend davon ab, mit welchen Qualitätsansprüchen wir in die Bauleitplanung gehen. Konsequente Südausrichtung für die Möglichkeit der Nutzung von Solarthermie ist nur ein Faktor, der jeden Bauherrn, der auf seinen Geldbeutel schaut, interessieren wird. Mit der Überplanung des Aichelingeländes haben wir die einmalige Chance, vorausschauend einen attraktiven Standort auszuweisen, der nicht nur den potenziellen Bauherren sondern der Stadt Korntal-Münchingen insgesamt langfristig Vorteile verschafft.

Drittes Beispiel sind **Energieeinsparung und Energieeffizienz**. In der Zukunft drohen uns hier die größten Ausgabesteigerungen. Und gleichzeitig kann hier durch gezielte Maßnahmen am effektivsten Geld gespart werden. Seit 2008 haben wir die KEA mit dem Aufbau des kommunalen Energiemanagements betraut. Verbrauchsdaten werden seither systematisch erfasst und in Energieberichten regelmäßig vorgelegt. Parallel dazu haben wir die Gebäudediagnosen extern beauftragt. Das sind ohne Zweifel erste wichtige Schritte, die wir lange eingefordert hatten. Allerdings brauchen alle externen Büros in der Verwaltung einen Ansprechpartner, und wenn der Vertrag für das Kommunale Energiemanagement Mitte nächsten Jahres ausläuft, müssen die Aufgaben komplett in der Verwaltung weitergeführt werden. Im Moment bewältigt diese Zusatzaufgaben unser Sachbearbeiter für Technik und Energie. Er ist für die Technik aller städtischen Gebäude zuständig und fungiert gleichzeitig als Energiebeauftragter. Meine Damen und Herren, Sie kennen die lange Liste mit Zuständigkeiten für diese Stelle. Und Sie wissen, dass der Energiebeauftragte uns nur noch zwei Monate zur Verfügung steht. Er geht und mit ihm sein Wissen, sein Know-How, seine Kontakte. Da die Stelle noch nicht ausgeschrieben ist, kann keine Übergabe stattfinden. Wir können uns nur schwer vorstellen, wie unter diesen Bedingungen das Kommunale Energiemanagement weitergeführt werden soll und wie sich die Zusammenarbeit zu Energiefragen der Verwaltung und des Gemeinderats gestalten soll. Die Gretchenfrage wird sein, ob sich auf die Stelle überhaupt qualifizierte BewerberInnen melden. Für versierte Energiefachleute bieten sich heutzutage viele gut ausgestattete attraktive Stellen. Auch diesbezüglich haben wir erhebliche Zweifel, ob die derzeitige Ausgestaltung des Sachgebiets zeitgemäß ist.

Unsere guten Ansätze sind Papiertiger, wenn Sie in der Verwaltung nicht umgesetzt werden. Dafür braucht es Personal und Qualifikation. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass Sie auch den Umweltbeirat als beratendes Gremium abgeschafft haben anstatt die Kompetenz unserer Sachkundigen BürgerInnen verstärkt zu nutzen; und dass Sie aus der Ludwigsburger Energieagentur ausgetreten sind, ohne je auf die Unterstützung, die dort für die Kommune angeboten wird, zurückzugreifen. Wir haben in diesem Jahr den Antrag gestellt den Umwelt- und Klimaschutzbereich umzustrukturieren und besser zu vernetzen. Angefangen mit der räumlichen Zusammenlegung des Energiebeauftragten mit der Umweltschutzstelle bis hin zur Ausschreibung der entsprechenden Qualifikation bei neu einzustellenden Mitarbeitern könnte zunächst der Bereich Umweltschutz, Energiemanagement und Klimaschutz aufgewertet werden, ohne zusätzliches Personal. Die Verwaltung hat dem Gremium trotzdem empfohlen, diesen Antrag abzulehnen.

Die Landesregierung, der Bund und die EU haben klare **Klimaschutzziele** vorgegeben. Wir sind mit in der Verantwortung, unseren Beitrag zur Erreichung der Ziele zu leisten. Und wir profitieren davon, weil uns nur dann noch **Gestaltungsspielräume** bleiben für Aufgaben, die uns wichtig sind. Wir möchten rechtzeitig Weichen stellen, damit wir nicht

in die Situation kommen, über die Streichung von freiwilligen Leistungen für unsere Kinder entscheiden zu müssen.

Mit diesem Haushalt dokumentieren wir die Schockstarre angesichts der Krise. Daraus müssen wir uns aber sehr schnell befreien. Ehrlich gesagt, haben wir in unserer Fraktion diskutiert, ob wir diesem mutlosen Haushalt überhaupt zustimmen können. Letztendlich sehen wir aber, dass manches, was wir im vergangenen Jahr angestoßen haben, wie z. B. das Klimaschutzkonzept, das Nahwärmekonzept, oder die Überlegungen zu einer gesplitteten Abwassergebühr, in diesem Jahr weiter bearbeitet wird. Wir gehen auch davon aus, dass die im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanberatung angestoßenen Diskussionen nicht wirkungslos bleiben. Wir werden gerne weiterhin Ideengeber und treibende Kraft sein, um Korntal-Münchingen ökologisch und ökonomisch voran zu bringen.

Wir stimmen deshalb dem Haushaltsplan trotz deutlicher Kritik auch in diesem Jahr zu und nehmen die mittelfristige Finanzplanung zur Kenntnis.

Eines steht auf jeden Fall fest: Diese Krise meistern wir nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen und gemeinsam das Beste suchen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eva Mannhardt

Fraktionsvorsitzende

Stellungnahme der Fraktion der FDP zum Haushalt 2010

(FOTO)

Sehr geehrter Herr Dr. Wolf, liebe Kollegen, verehrte Zuhörer,

Geld wird bald abgeschafft - es gibt schon viele, die keins mehr haben.

Ganz so schlimm ist es bei der Stadt Korntal- Münchingen zum Glück nicht, aber die Haushaltssituation ist schon bedenklich. Das Haushaltsjahr 2010 bringt uns in finanzieller Hinsicht an die Grenzen. Die Finanzkrise hat sich, auch in unserer Stadt, auf die wirtschaftliche Entwicklung niedergeschlagen.

Unsere **größte Einnahmequelle ist die Gewerbesteuer**. Auf höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer haben wir aber nur begrenzten Einfluss, denn diese ist stark konjunkturabhängig. Eben diesen Konjunkturunbruch spüren wir durch die sinkenden Gewerbesteuererinnahmen- auf Grund der nach unten angepassten Vorauszahlungen.

Oberster Priorität des Gemeinderates und der Verwaltung muss die **Wirtschaftsförderung** sein. Sonst ist unsere gut ausgebaute Infrastruktur nicht zu erhalten und zu bezahlen. Denn von den hier ansässigen Unternehmen kommt das Geld. Zum Glück haben wir noch einen ausgewogenen Branchenmix. Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Gemeinschaft. Wir können nicht ständig aus Gewerbegebieten Mischgebiete und aus Mischgebieten Wohngebiete machen. Unternehmen, denen ständig Steine in den Weg gelegt werden, orientieren sich womöglich in andere Gemeinden. Zusätzliche Gewerbesteuer können wir nur durch Ansiedlung neuer Unternehmen generieren.

Dieses Gremium muss sich im Klaren darüber sein, dass **die Ausgrenzung von bestimmten Betrieben im Stadtgebiet aufhören muss**. Korntal- Münchingen hat einen entscheidenden Standortvorteil, die direkte Anbindung an die Autobahn 81. Diesen gilt es stärker zu nutzen.

Wir werden uns weiterhin konsequent jeglichen Bestrebungen der Haushaltsaufbesserung und- sanierung durch eine **Erhöhung der Gewerbesteuer oder anderen Steuern widersetzen**. Denn auch der Gewerbesteuerhebesatz stellt einen wichtigen Standortfaktor für die ansässigen Unternehmen dar. Genauso wenig kann ich einer Erhöhung der Kreisumlage im Kreistag zustimmen. Zuerst müssen von der Kreisverwaltung die Hausaufga-

ben gemacht und Sparvorschläge eingebracht werden. Ich möchte an dieser Stelle an die Kollegen im Gemeinderat appellieren, entsprechend auf ihre im Kreis vertretenen Fraktionen einzuwirken.

Mehr als die Hälfte der beeinflussbaren städtischen Ausgaben stellen die Personalkosten dar. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir den Haushalt in der Zukunft im Griff behalten wollen. **Effizienzsteigerungen sind unumgänglich.** In der privaten Wirtschaft wird dem Personal im Verwaltungsbereich jährlich eine erhöhte Produktivität von min. 2% pro Jahr abverlangt. Dabei gilt es zu betonen, um Missverständnissen vorzubeugen, dass wir dies keinesfalls durch Kündigungen erreichen wollen, deshalb sind wir aber gegen die Schaffung neuer Stellen in der Kernverwaltung, wie sie nach dem Stellenplan vorgesehen sind.

Auch müssen wir unseren Spielraum zum **Abbau von Genehmigungshürden**, z. B. im Baurecht, nutzen. Die zeitnahe, positive Entscheidung über Anträge im Bau- und Gewerbebereich ist wesentlicher kommunaler Standortvorteil im Wettbewerb um Betriebe. Zudem sollten wir die Richtlinien für **Vergaben von Bauleistungen derart ausnutzen**, dass möglichst viele Vergaben an **ortsansässige Betriebe** erfolgen. Es muss die Aufgabe des Gemeinderates sein, den städtischen Haushalt so zu stärken, dass die immer wieder erwähnte hochwertige Infrastruktur erhalten werden kann. Zu dieser Infrastruktur gehört auch die **Stärkung des örtlichen Einzelhandels**. Nicht nur die Grundversorgung muss gewährleistet sein, auch in diesem Bereich ist ein gesunder Branchenmix zu erhalten und zu fördern.

In Hinblick auf die demographische Entwicklung, müssen wir eine wohnortnahe **Versorgung in der Zukunft gewährleisten**, um die Attraktivität unserer Stadt als Wohn- und Lebensort langfristig aufrecht zu erhalten. Die Bedürfnisse der Senioren dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Der runde Tisch, mit Bürgermeister, Gewerbe- und Handelsverein und dem Bund der Selbstständigen, zeigt erste Ergebnisse.

Unser bisher größtes Projekt, der Bürgerbus wird am kommenden Wochenende in Korntal und Münchingen vorgestellt und seiner Bestimmung übergeben. In nur 1 ½ Jahren wurde der Bus beschafft, und es wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass wir am 12. April starten können. Zuschüsse vom Land und Sponsoren ermöglichten die Anschaffung. Die Organisation, Linienführung und Fahrplan, übernimmt die Stadt. Ehrenamtliche Fahrer werden den Bus durch das Stadtgebiet lenken. Weitere Arbeitsschwerpunkte stehen noch an. Als Beispiele sind die Gestaltung der Kreisverkehre und der Ortseingänge zu nennen.

Im Zuge der demographischen Entwicklung stehen die Kommunen immer mehr im Wettbewerb um **die Ansiedlung von jungen Familien**. Der Ausweisung von Baugebieten für den Wohnungsbau ist eine hohe Priorität einzuräumen. Wenn gleich wir die innere Entwicklung nicht vernachlässigen dürfen. Die Folgen der demographischen Entwicklung müssen wir im städtebaulichen Bereich berücksichtigen.

Die Region Stuttgart hat uns im Regionalplan ausdrücklich darauf hingewiesen, wo es sinnvolle Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Das betrifft insbesondere den Stadtteil Korntal, denn hier ist seit langer Zeit kein Baugebiet mehr ausgewiesen worden. Der Gartenstadtcharakter kann dadurch sogar gestärkt werden, wenn der übergroße Druck in Richtung Nachverdichtung beseitigt wird.

Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote investiert. Noch in diesem Jahr wird der Betrieb der Ganztagesbetreuung in der Realschule aufgenommen. Die uns wichtige Kleinkinderbetreuung wird in Korntal ab Herbst in der Einrichtung in der Goerdelerstrasse umgesetzt. Letztes Jahr konnte mit der Kleinkinderbetreuung in der Eisenbahnstrasse in Münchingen begonnen werden. Wir sind stolz, in unserer Gemeinde Betreuungsangebote dieser Qualität vorhalten zu können. Familien und Alleinerziehende orientieren sich bei der Wohn- bzw. Arbeitsplatzwahl zunehmend an qualifizierten Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Moderne Betreuungsangebote für Kleinkinder und die gesicherte Nachmittagsbetreuung in der Schulzeit ist eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Balance zwischen Familie und Beruf. Wir wollen auch in der Zukunft ein attraktiver Familienwohntort sein.

Eine wichtige Ergänzung des Angebotes der Kommune sind die Tagesmütter. Sie sind flexibel und können oft Zeiträume abdecken, die institutionelle Einrichtungen nicht abdecken. Die Familien haben eine echte Wahlfreiheit, wo und wie sie ihre Kinder betreuen lassen. Darüber hinaus wird der städtische Haushalt weniger belastet. Unser Antrag, zu prüfen, inwiefern das Angebot zur Kleinkinderbetreuung unter 3 Jahren verbessert werden kann, indem private Träger stärker beteiligt werden, fand eindeutig die Zustimmung im Gremium.

Wir werden alle Jahre wieder belächelt, ob unserer Intention das **Spielplatzangebot** zu verbessern. Immerhin haben wir erreicht, dass der Spielplatzbericht im vergangenen Jahr aktualisiert wurde. Der Spielplatzbericht allein reicht uns aber nicht aus. Denn er zeigt nur die Defizite in Korntal auf, Abhilfe schafft er nicht. Ein attraktiver Standort für Familien setzt die ausreichende Versorgung mit Spielplätzen voraus. Dabei stellen 2m² Spielfläche pro Einwohner die Untergrenze dar. Diese werden in Korntal nicht erreicht. Auch wenn wir von den Kollegen scherzhaft als Spielplatzbeauftragte bezeichnet werden, macht uns das nichts aus. Kinder müssen nicht nur lernen, sie müssen nicht nur betreut werden, sie müssen auch spielen dürfen. Wir werden am Ball bleiben.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten einige emotionsgeladene Entscheidungen treffen müssen. Nennen möchte ich hier die Einrichtung der Werkrealschule am Standort Münchingen. Die Entscheidung die beiden Hauptschulen zu einer Werkrealschule zusammen zu legen, fand nicht bei allen betroffenen Bürgern Zustimmung, dennoch halten wir die Entscheidung für richtig. Die Gefahr am Ende gar keine Hauptschule in Korntal- Münchingen zu erhalten war zu groß. Außerdem steigen die Chancen für die Schüler, mit einem Werkrealschulabschluss einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden.

Weitere Investitionen, deren Umsetzung wir schon längst beschlossen haben, müssen weitergeführt werden. Herausheben möchte ich das Buddenbergareal und die Neugestaltung des Saalplatzes. Auch müssen unserer Gemeindestrassen ausgebaut und unterhalten werden.

Das vergangene Jahr hat uns nicht nur finanziell Einiges abverlangt. Wir sind auch menschlich fast an unsere Grenzen gestoßen. Wir alle können das furchtbare Unwetter, letzten Sommer, nicht vergessen. Die entstandenen Schäden, sowohl für die Stadt, als auch für unsere Unternehmen und Bürger, gehen in die Millionen. Nicht genug, dass einige Betriebe mit der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben, hat das Unwetter noch sein Übriges dazu getan. In vielen Fällen hat die Versicherung eben gerade diese Schäden nicht abgedeckt. Materielle Schäden sind, so schlimm sie auch sind, aber zu ersetzen, nicht jedoch der menschliche Verlust, der tragische Tod des Feuerwehrkameraden aus der Abteilung Münchingen. Wir waren und sind auch heute immer noch betroffen. Führt uns dieses Unglück schmerzlich vor Augen, welcher Gefahr sich unsere Feuerwehr, unsere freiwillige Feuerwehr, immer wieder aussetzt. Die Stadt stellt das Gerät, wir schaffen die Rahmenbedingungen, aber in den Einsatz gehen letztlich die Kameraden.

Wir können dieses ehrenamtliche Engagement gar nicht hoch genug achten, und uns bedanken. Der **Dank geht natürlich an alle ehrenamtlich Tätigen** in Korntal- Münchingen. Ohne dieses Engagement wäre vieles nicht möglich, auch unser Bürgerbus würde nicht fahren.

Lieber Herr Gerlach, ich habe kürzlich ein Sprichwort gelesen: „Die Aufstellung eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.“ Größere Enttäuschungen mussten wir glücklicherweise nicht allzu viele verteilen. Wir danken Ihnen und Ihrem Stellvertreter Herrn Leonhardt für die Erstellung des Haushaltsplanes und für Ihre Umsicht und Vorsicht mit der Sie die Planungen angehen. Vielen Dank an Sie, Herr Dr. Wolf, für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind.

Die FDP Fraktion stimmt dem Haushaltsplan und den dazugehörigen Planwerken bis auf die mittelfristige Finanzplanung zu. Da wir Steuererhöhungen konsequent ablehnen, die-

se aber in der mittelfristigen Finanzplanung ihren Niederschlag gefunden haben, können diese nur zur Kenntnis nehmen aber nicht gut heißen.

Für die Fraktion der FDP
Viola Noack
Fraktionsvorsitzende